

„Der Mittelstandsbegriff der 1960er orientierte sich an persönlicher Verantwortung, Eigeninitiative und Berufsethos.“



Dossier

Der Mittelstand wird laufend von den politischen Akteuren beschworen. Die Definition dieser Bevölkerungsgruppe ist so vielfältig wie unscharf, dennoch versuchen die Parteien hartnäckig, sie für sich zu vereinnahmen.

Redaktion Bernhard Madlener |

Kampf um die Mitte S. 22

Von den Ärmsten bis zu den „Super-Reichen“ will jeder dazugehören. Doch wer ist wirklich mittelständisch?

Letztlich gehören alle dazu S. 22

Zumindest in der Definition der Mittelstandsvereinigung Österreich, einer neuen Interessenvertretung.

Herkunft bestimmt Werdegang S. 23

Soziologe Max Haller über die Thesen des Pierre Bourdieu und die Determiniertheit von Lebenschancen.

Foto: iStockphoto (5), K.K. (2)



ENTWICKLUNG EINER

Klasse



Wer sich selbst zum Mittelstand rechnet, tut dies oft mit einer gewissen Genugtuung. Der Begriff wird als Indikator für einen persönlichen Erfolg gedeutet: Man gehört nicht zu jenen, die scheitern, und grenzt sich dennoch von „denen da oben“ ab – seien es die ungeliebten Politiker oder, gerade in der jüngsten Vergangenheit, Manager und Banker, die, gerne als „Bonzen“ oder „Abzocker“ beschimpft, „es sich richten können“.

Teilhabe am „Wirtschaftswunder“

Der Mittelstand ist aber auch ein Symbol für den wirtschaftlichen Erfolg einer ganzen Gesellschaft. Wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg half das „Deutsche Wirtschaftswunder“ mit, dass ein zerrissenes, in seinem Selbstvertrauen erschüttertes Volk wieder zusammenfinden konnte. Die Konjunktur ermöglichte es in den letzten sechs Jahrzehnten immer mehr Leuten, sich durch Jobsicherheit und Wohlstand eine gemeinsame Identität zu geben. Nicht zuletzt wurde durch den internationalen Handel von Beginn an neues Vertrauen zwischen verfeindeten Nationen geschaffen.

„Österreich konnte am Wirtschaftswunder voll teilhaben“, erinnert das Forum Oberösterreichische Geschichte, eine Kooperation oberösterreichischer Kulturinstitutionen, und führt „diese unerwartet rasche, positive Entwicklung“ auf „den technischen Fortschritt, die rasch sinkenden Energiepreise, die wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik und die amerikanischen Hilfsprogramme“ zurück. Das Wachstum erstreckte sich zwischen 1953 und 1962 „über zwei volle Konjunkturzyklen, wie das unter der wissenschaftlichen Leitung der Universität Linz stehende Forum auf www.ooeegeschichte.at resümiert.

Amerikanischer Traum

Die sagenhaften 6,1 Prozent jährliches Wachstum wurden damals in Europa nur von der Bundesrepublik übertroffen. Ende der 50er-Jahre wurde die Vollbeschäftigung erreicht. „Ansteigende Löhne und Einkommen fanden im neuen Konsumverhalten der Bevölkerung ihren Ausdruck: Insbesondere amerikanische Produkte und Luxusgüter hatten es den Österreichern angetan. Erhöhter Konsum, gesteigerte Freizeit und Mobilität sowie die Ausstattung der Haushalte mit neuen Innovationen waren

Der Mittelstand als Bevölkerungsmehrheit ist ein junges Phänomen. Ganz abgesehen von der Frage seiner Definition, gehörte ihm noch vor einem halben Jahrhundert nur jeder Siebte an.

Von Bernhard Madlener |

nun leistbare Annehmlichkeiten, die ein neues Lebensgefühl einleiteten.“

Bereits in seinem Monatsbericht vom Jänner 1961 beschäftigte sich das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (Wifo) ausführlich mit dem Mittelstandsbegriff. Eine Schwierigkeit sah man vor allem darin, „dass jeder Stand durch eine Lebensauffassung seiner Mitglieder gekennzeichnet ist“. Die lasse sich zwar „als sozialpsychologische Erscheinung erkennen“, nicht aber anhand objektiver Merkmale erfassen. Weshalb es viel leichter sei, „den

Einkommen“, das seine Angehörigen „der primitivsten Existenzsorgen enthebt“. Von einem breiten Mittelstand, wie er heute von der Politik beschworen wird, konnte keine Rede sein, wie der Bericht deutlich macht, denn: „Der Mittelstand ist eine Gruppe, die in dem Bewusstsein lebt, sich von der Masse der Bevölkerung abzuheben.“

Ein früher Definitionsversuch

Geht man die damals als mittelständisch geltenden Berufe durch, so ergibt sich ein höchst interessantes Bild der frühen Zweiten Republik. So fanden sich unter den damals sieben Millionen Österreicherinnen und Österreichern 255.000 Selbstständige. 132.000 davon beschäftigten höchstens 49 Dienstnehmer. Allein diese Kleinunternehmer ordnete das Wifo dem Mittelstand zu.

Krisen

Trotzdem der Wirtschaftsmotor mitunter ins Stottern kam, konnte die Bevölkerung ihren Wohlstand weitgehend wahren: Sport, Mobilität, Medien und Konsum stehen der Mehrheit offen. Mit der Krise ab 2008 musste dennoch gespart werden.



Luxus für alle

Als die Konjunktur nach dem Zweiten Weltkrieg wieder in Fahrt kam, erfüllten sich immer mehr österreichische Bürger ihre Sehnsucht nach amerikanischen Produkten.

Mittelstand zu umschreiben, als die Zahl seiner Mitglieder zu messen.“

Dennoch steckte das Wifo damals schon Eckpunkte ab, die den mittelständischen Lebensstil festmachten. Etwa „berufliche Verantwortung und die Ausübung einer selbstständigen Tätigkeit, die eigene Initiative ermöglicht und erfordert“. Damit war nicht nur der formal Selbstständige, im Sinne eines (Klein-)Unternehmers, gemeint, sondern auch leitende Privatangestellte und Beamte.

„Aus dem Gefühl, Verantwortung zu tragen, hat sich in jedem mittelständischen Beruf ein besonderes Berufsethos entwickelt, das wesentlich zum mittelständischen Lebensstil gehört“, heißt es weiter. Voraussetzung dafür war „eine höhere Bildung“. Schlussendlich gehörte zum Mittelstand der frühen 60er-Jahre auch „ein genügend hohes

„Schon im Altertum, bei Aristoteles und Euripides, gab es Überlegungen, die den Bürger des ‚mittleren Besitzes‘ als staatstragend betonten, und im ‚Mittleren‘ generell ‚das Beste‘ sahen.“

Weiters wurden rund 24.000 Freiberufler erfasst, womit die Gruppe u. a. um Ärzte, Apotheker, Rechtsanwälte, Wirtschaftstreuhänder und Kunstschaffende bereichert wurde. Von den 285.000 hauptberuflichen Landwirten jener Zeit wurden jene 130.000 als Mittelständler gewertet, deren Betrieb im Bereich von zehn bis 200 Hektar lag.

Beamte und öffentliche Angestellte zählten dazu, sofern sie A- oder B-wertig waren, bzw. „in äquivalenter Stellung“, wobei erstere eine akademische Ausbildung und letztere zumindest die Reifeprüfung absolviert haben mussten. Insgesamt machten sie 105.000

Personen aus, ergänzt durch 85.000 private Angestellte höherer Position.

Ergänzt um 100.000 Pensionisten des öffentlichen Dienstes und 24.000 entsprechend dotierte „private“ Pensionisten ergibt sich für den



stoteles und Euripides gab es Überlegungen, die den Bürger des „mittleren Besitzes“ als staatstragend betonten, und im „Mittleren“ generell „das Beste“ sahen, zeichnen Gerd Waschbusch, Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Universität des Saarlandes, und seine zwei Mitautoren nach.

Davon seien mehrere europäische Sprachen beeinflusst, wobei sich etwa im Niederländischen das Wort „middlestaet“ bis ins Jahr 1465 zurückverfolgen lasse. Auch Daniel Defoe habe 1719 in seinem berühmten Abenteuerroman über Robinson Crusoe den „middle state“ beschrieben, der 1721 als „Mittelstand“ ins Deutsche übersetzt worden sei. „Wohingegen der korrespondierende englische Begriff ‚middle class‘ erst 1812 zum ersten Mal auftauchte“, wie Waschbusch und Kollegen schreiben.

„Die Wissenschaft sieht den Mittelstand mit einem Haushalts-Netto bis 2368 Euro weit unter dem Gehalt jener Volksvertreter, die sich als ihm zugehörig bezeichnen.“

Für Lukas Mandl sind es „die arbeitenden Menschen“ – jene, die erwirtschaften, „was unseren Wohlstand und unser Sozialsystem möglich macht“. Ihnen müsse die Politik helfen, „ihre Stärken zu entfalten“, fordert der Generalsekretär des Österreichischen Arbeitnehmerinnen- und Arbeiterverbands. Er lobt diese „Leistungsbereiten“ und führte gegenüber derstandard.at die ÖVP-Definition des Mittelstands näher aus: „Menschen, die mehr arbeiten wollen, als zum Überleben notwendig wäre.“ Wobei er dabei „durchaus auch Freiwilligenarbeit oder Familienarbeit“ als anerkanntes wert betrachtet: „Es geht um alle Bereiche, wo Menschen im umfassenden Sinn etwas leisten.“

Schwer zu fassende Masse

Immer öfter versuchen sich ÖVP-Funktionäre als Lobbyisten des Mittelstands – einer breiten, aber schwer zu fassenden Bevölkerungsgruppe. Zumindest nach unten hin sei klar, wie der Mittelstand begrenzt ist, meinte Klubobmann Karlheinz Kopf einmal, und schloss jene aus, die – freilich aufgrund eines mangelnden oder geringen Verdienstes – keine Lohn- oder Einkommenssteuer zahlen.

Ex-Wirtschaftsminister Martin Bartenstein ergänzte auf der anderen Seite vage, dass der Mittelstand bis über „200.000 Euro“ Jah-

standsdebatte mit dem Hinweis, dass dieser durch den Wunsch des sozialdemokratischen Koalitionspartners nach Wiedereinführung der Vermögenssteuer bedroht sei.

Der Bürger müsste jährlich seinen Besitz melden, warnt die Partei-Website, „den Kontostand, das Guthaben am Sparbuch, den Wert des Hauses oder der Eigentumswohnung“. Jeder Cent wäre anzugeben, was Kaltenegger schließen lässt: „Das ist Nachkastl-Spionage und Geldbörstel-Bespitzelung.“

Die so dämonisierte SPÖ verhan-

Kampf um die

Alle sind für ihn, jeder will ihn vertreten und natürlich dazugehören: Der Mittelstand, von dem es kaum eine gemeinsame Vorstellung gibt, geistert als Phantom herum, von dem sich jede Partei einen Wahlerfolg erhofft.

| Von Bernhard Madlener |

delt den Mittelstandsbegriff meist über Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter, der regelmäßig Stellung bezieht. Unter anderem bestätigte er die vom Parteikollegen und Finanz-Staatssekretär Andre-

as Schieder genannten Bezüge von 2000 bis 4000 Euro monatlich, die



Wissenschaft

Psychologe Klaus Ottomeyer (li.) sagt, dass sich Reiche, die mittelständisch sein wollen, selbst verlegen. Für den WiFo-Experten Alois Guger fußen die Eckdaten des Mittelstands auf statistischen Erhebungen.



resverdienst gehe. „Damit ist man längst nicht reich“, sagte er dem Nachrichtenmagazin Profil 2009 als Nationalratsabgeordneter. Wer anderer Meinung ist, nähere sich bereits einer „Neiddebatte“.

Der ÖVP-Generalsekretär Fritz Kaltenegger verbindet die Mittel-

einen Mittelständler ausmachen.

Es gelte, diese Gruppe, die die größte Steuerlast trage, finanziell zu entlasten, fordert Kräuter. Zum Stopfen der so entstehenden Budgetlöcher würde man bei den Top-Verdienern des Landes ansetzen. Den „Super-Reichen“, wie man sie

den Mittelstandsvereinigung Österreich (MIÖ) lässt nicht unbedingt an eine typisch mittelständische Lebensweise denken: Robert Glock, der Sohn des bekannten Waffenproduzenten, findet sich darin genauso wie Banker Matthäus Thun-Hohenstein, Asfinag-Manager Herbert Hufnagl und Alfred Liechtenstein, der als Mitglied im Aufsichtsrat der Linzer Partner Bank sitzt. „Letztendlich sind wir eben alle der Mittelstand“, stellt MIÖ-Präsident Peter Zellmann fest, der die Interessenvertretung im Frühjahr 2010 ins Leben gerufen hat.

Entsprechend breit sei die Definition dieser Bevölkerungsmehrheit: MIÖ-Internetauftritt propagiert eine „Geistes- und Werthaltung in Bezug auf Leistung, Ethik und soziale Verantwortung“.

Zum Mittelstand gehörten „alle, die einen kreativen und produktiven Beitrag zum Wohle der Gesellschaft leisten“, heißt es da.

Zellmann leitet seit 1987 das Institut für Freizeit- und Tourismus-



Peter Zellmann, Präsident der Mittelstandsvereinigung Österreich.

„Der Mittelstand definiert sich selbst über einen gewissen Wohlstand, ein durchschnittliches Einkommen und eine entsprechend qualifizierende Ausbildung.“



deten Mittelstand“. Seine Partei vertrete aber nie nur eine Gruppe – außer, man fasse „jene gut 90 Prozent zusammen, die von sozialer Ungerechtigkeit betroffen sind“. Immerhin besitze das reichste Prozent der Bevölkerung ein Drittel des Vermögens, weitere zehn Prozent das zweite Drittel. Der Rest verteile sich auf die Masse. „Tendenziell vertreten wir diese Leute, weil wir für die Besteuerung großer Vermögen sind.“ Konkret würde das „die schmale Elite der Grassers, Swarovskis und Meins“ treffen.

Warum sich die Menschen in Umfragen meist dem Mittelstand zuordnen – bis weit über die Barstein-Grenze hinaus –, erklärt der Sozialpsychologe Klaus Ottomeyer von der Uni Klagenfurt: Die berichtigten „Super-Reichen“ würden schlicht verleugnen, „dass sie zu den ‚Ausbeutern und Schlitzohren‘ gehören könnten, die auf eine Weise zu Geld gekommen sind, die einem fleißigen, sparsamen Normalbürger nicht offen steht. Leute in prekären Situationen, die teils längst aus allen Mittelstandsdefinitionen fallen, schützen sich durch die hartnäckige Zuordnung zu dieser Gruppe wiederum vor weiteren Abstiegsängsten.“

Vorstoß zu neuen Wählern?

Die Relevanz der Mittelstandsfrage für kommende Urmengänge sei enden wollend, sagt der Politologe Peter Filzmaier. Aber es gebe einen realen Hintergrund für die Definitionsversuche: „Die Arbeiterklasse wird kleiner“ – dass sich auch diese Schicht mehrheitlich dem Mittelstand zurechnet, erkläre entsprechend gehäufte Wortmeldungen der SPÖ. Um möglichst viele als Mittelstand anzusprechen, sollte die Verdienstgrenze aus deren Sicht nicht zu niedrig angesetzt werden. Gleichzeitig dürfen die Sozialdemokraten aber auch nicht zu hoch hinaus, sonst holen sie mit ihrer Mittelstandsdefinition auch jene ein, die sie dauernd höher besteuern wollen.

Die ÖVP wiederum, die sich der Besserverdiener weit eher sicher sein kann, hätte deutliches Interesse daran, mit dem Mittelstandsbegriff auch weniger gut situierte Wählerinnen und Wähler zu inkludieren. In diesem Sinn sei die Untergrenze von etwa 1200 Euro Monatsverdienst nicht ungeeignet gewählt: „An Leute, die 1000 Euro oder weniger verdienen, wird die ÖVP ohnehin nie signifikant rankommen“, so Filzmaier.

MITTE

des Medians auskommen müssen. Auf den ersten Blick wird klar, dass obere Mittelständler mit etwa 2368 Euro pro Monat (nach Abzug von Steuern und Sozialversicherung) doppelt so viel Geld zur Verfügung haben als untere, denen rund 1104 Euro bleiben. Die Beto-

festen Mittelstandsbegriff – immerhin fallen auf Basis der Zahlen aus 2008 knapp 63 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher hinein –, wenn man die gängige Definition von Armut berücksichtigt. „Armutgefährdung“ beginnt bei 60 Prozent des Medians (etwa

stands“ versucht sich das BZÖ zu etablieren, nachdem die Erfindung als neue Wirtschaftspartei nicht zielführend war. Ende 2010 wurde etwa kritisiert, dass die Regierung mit dem Budget „eine Strafgeld gegen die Leistungsträger, gegen den Mittelstand und die Fa-

„Die ‚Super-Reiche‘, die sich dem Mittelstand zuordnen, lenken sich von ihrem schlechten Gewissen ab. Armen Menschen hilft der Begriff gegen weitere Abstiegsängste.“



Koalitionspartner

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter (li.) und ÖVP-Generalsekretär Fritz Kaltenegger versuchen über die Definition eines breiten Mittelstands jeweils in die Wählerchaft der anderen Partei vorzustöbern.



ng des Haushaltseinkommens verschärft die Situation noch: Je kinderreicher eine Familie ist, desto weniger mittelständisch ist sie im Vergleich mit einer anderen, die das gleiche Einkommen für weniger Haushaltsmitglieder hat. Brisant wird dieser recht sattel-

950 Euro), „manifeste Armut“ bei 50 Prozent. Nach Guger ist die Unterschicht (bis 1105 Euro monatliches Haushaltseinkommen) mit 19,3 Prozent ähnlich groß wie die Oberschicht (über 2370 Euro), der 18 Prozent der Bürger angehören. Explizit als „Partei des Mittel-

milien“ fahre. Die FPÖ fasst ihre Botschaft noch etwas kürzer: „Heimatland braucht Mittelstand.“

Für die Grünen spricht der Wiener Gemeinderat und bekannte Kapitalismus-Kritiker Klaus Werner-Lobo („Schwarzbuch Markennamen“) vom „abstiegsgefähr-

dem dass sie nicht entsprechend handle. Man lade in diesem Sinn Akteure jeder politischen Richtung zum Gedankenaustausch ein und sehe sich als „parteilich“ vollkommen unabhängig.“

Angesprochen auf Beirats-Mitglieder der MIÖ wie Veit Schalle, Walter Sonnleitner und Markus Fauland, sowie weitere Funktionsträger des BZÖ, die in diesem Umfeld auftauchen, gibt Zellmann zu, dass der Beginn sicher „BZÖ-lastig“ gewesen ist. Genauso fänden sich aber heute der rote Bürgermeister der burgenländischen Gemeinde Illmitz, Josef Loos, im Team, oder auch der niederösterreichische Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Leitner, ebenfalls ein Sozialdemokrat. Mit Ausnahme der Grünen interessieren sich alle Parlamentsparteien über den einen oder anderen Funktionär für seine Initiative, freut sich Zellmann.

Nach weniger als einem Jahr gebe es zudem etwa tausend private Unterstützer, denen die MIÖ derzeit vor allem als Online-Diskussionsforum dient. (mad)



Blick in die Zukunft

Funktionäre aller Parlamentsparteien, mit Ausnahme der Grünen, seien mit an Bord, um gemeinsam die Anliegen des Mittelstands zu definieren und zu vertreten.



„Die Klassenlage ist die wichtigste Determinante der Lebenschancen“

Wenngleich in unserer Gesellschaft kein echtes Proletariat mehr existiert, geben die sozialen Wurzeln vor, wie weit es das Individuum bringt, erklärt Max Haller von der Universität Graz.

| Das Gespräch führte Bernhard Madlener |

Wissenschaftlich sei der Begriff des Mittelstands unbrauchbar, sagt der Grazer Soziologe Max Haller. Und geht mit seinem Definitionsversuch zurück bis zur Feudalgesellschaft.

Die FURCHE: Wie stellt sich der Mittelstand in der soziologischen Terminologie dar?

Max Haller: Der Begriff ist eher als umgangssprachlich einzustufen. Er wird vor allem von besser gestellten Wirtschaftstreibern gerne verwendet, wenn es um die Abwendung von Steuern und ähnlichen Belastungen geht. Man sagt dann, da leidet der Mittelstand darunter, und will damit suggerieren, dass die Wirtschaft und die Gesellschaft als Gesamtes leiden.

Die FURCHE: Sie geben sich aber mit dieser Definition nicht zufrieden?

Haller: Ich sage nur, dass der Begriff wissenschaftlich so nicht brauchbar ist. Er enthält das Element „Stand“, womit die historischen Stände der Feudalgesellschaft – Adel, Klerus, Bürger, Bauern – gemeint sind, die rechtlich und sozioökonomisch klar voneinander abgegrenzt waren. Die einen hatten Privilegien, die anderen waren

in vielerlei Hinsicht benachteiligt. Das gibt es heute nicht mehr, und das wird auch nicht wieder kommen. Obwohl etwa der Europäische Gerichtshof vor kurzer Zeit wieder mit der Frage beschäftigt war, ob ein in Deutschland geltender Adelstitel auch in Österreich anerkannt werden muss.

Die FURCHE: Welche Begrifflichkeit erscheint Ihnen als Soziologen sinnvoll?

Haller: Was es noch gibt, sind „soziale Klassen“, aber nicht im Sinn des Marx'schen Klassenkampfs, sondern in der Tradition Max Webers und der angelsächsischen Soziologie. Darunter verstehen wir große, in ihrer sozialen Lage relativ homogene Gruppen, die grundsätzlich ökonomisch voneinander abgrenzbar sind. Also z.B. Bauern, (manuelle) Arbeiter, die alte Mittelklasse der Selbständigen sowie die neue Mittelklasse der Angestellten und Beamten. Dann gibt es noch die privilegierten Klassen. Und da könnte man eventuell von „herrschenden Klassen“ sprechen, denen Manager, Eigentümer von Großunternehmen, führende Politiker und Professionen angehören.

Die FURCHE: Das erinnert aber schon noch etwas an die feudalen Stände. Unterscheidet sich die Mittelklasse von der Mittelschicht?

Haller: Die Abgrenzung zwischen sozialer Klasse und Schicht ist nicht scharf, und außerdem weist die heutige Gesellschaft – besonders in Österreich – durchaus noch Elemente der Ständegesellschaft auf. Wenn man von Schichten spricht, hat man zuerst den Aspekt des sozialen Ansehens oder der Prestige im Auge. Damit entspricht die Sozialstruktur weitgehend den oben angedeuteten sozialen Klassen. Objektive Schichtkriterien sind vor allem das Bildungsniveau, die Berufsposition und das Einkommen.

Die FURCHE: Kriterien, nach denen sich vor allem eine Unterschicht abgrenzen lässt...

Die Arbeiter

Sie waren in früheren Zeiten eine Masse, auf die sich die Sozialdemokratie am 1. Mai wie auch beim Urnengang verlassen konnte. Die Klasse der Arbeitnehmer gibt es in dieser Form längst nicht mehr, noch ließe sich daraus ein Mittelstand ablesen.

Haller: Die Unterscheidung zwischen Unterschicht, Mittelschicht und Oberschicht ist auch unscharf. Ganz unten lassen sich prekär Beschäftigte und Arbeitende in manuellen und Dienstleistungsberufen ohne Qualifikation einordnen. Darüber eventuell Facharbeiter und einfache bis mittlere Angestellte sowie kleine Selbständige. Auch Besitz, z. B. einer Wohnung oder eines Eigenheims, spielt eine Rolle. Ganz oben hätten wir die Akademiker bzw. die gehobenen Berufe. Tatsächlich ordnen sich bei Befragungen bis zu 80 Prozent in die „Mittelschicht“ ein. Grund ist erstens, dass sich die Lebensbedingungen für alle verbessert haben und ein „Proletariat“ nicht mehr existiert. Zweitens vergleicht sich jeder mit anderen Menschen, und da gibt es unten wie oben andere, die noch tiefer oder höher stehen als man selbst. Schließlich gibt es, trotz der vielbeschworbenen „Individualisierung“, bei vielen Menschen die Tendenz, möglichst nicht aufzufallen und einer allgemein „akzeptablen“ Kategorie anzugehören.

Die FURCHE: Niemand will „unten“ sein?

Haller: Genau. Das sind die Armen, und die sind teils stigmatisiert. Ihnen wird selbst die Schuld an ihrem Los gegeben. Mitunter werden ihnen sogar mindere moralische Qualitäten zugeschrieben, auf jeden Fall aber weniger gute Sitten. Die Oberschicht ist dagegen Objekt des Neides, und dem will man eben-

falls ausweichen. Interessant ist der internationale Vergleich: In Deutschland und tendenziell auch in Österreich ist der Begriff der „Klasse“ verpöht, man spricht fast nur mehr von vielfältigen Lebensstilen usw., die zur Herausbildung von „sozialen Milieus“ führen, deren Angehörige in mancher Hinsicht benachteiligt, in anderer bevorzugt sind – z. B. alte Städter, Yuppies, Karrieremenschen, Alternative etc. Das finde ich wissenschaftlich und politisch irreführend.

Die FURCHE: Warum das?

Haller: Erstens wird übersehen, dass die Klassenlage im obigen Sinn immer noch die mit Abstand wichtigste Determinante aller Lebenschancen ist, weit wichtiger z. B. als das Geschlecht. In Frankreich und England wird der Begriff weiterhin zentral verwendet, wie z. B. bei Pierre Bourdieu nachzulesen ist. Der Grund ist nicht nur, dass die Klassendifferenzen in den beiden Ländern sichtbar sind, sondern auch historisch-politisch: In Deutschland war der Marxismus und die daraus teils abgeleitete Klassentheorie spätestens seit den 1920er-Jahren verpöht. In Frankreich und Italien gab es noch nach 1945 starke kommunistische Parteien. Zum Zweiten wird auch die ökonomisch und soziologisch zentrale Frage der Ungleichheit verkannt. Diese ist aktueller denn je, wie die in den letzten Jahrzehnten gestiegene Einkommensungleichheit zeigt. An die Stelle kritischer und politisch relevanter Sozialstrukturanalyse tritt mit der Beschränkung auf Lebensstile und soziale Milieus aber eine inhaltlich zum Teil beliebige deskriptive Beschreibung, die wenig erklärt.